



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 02. Mai 2017

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Seit Beginn dieses Jahres sind mehr als 1.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-mehr-als-1000-fluechtlinge-seit-januar-im-mittelmeer-ertrunken-a-1144824.html> (25.04.17)
- Die Organisationen, die Menschen auf dem Mittelmeer vom Ertrinken retten, gerieten nach dem tödlichen Osterwochenende mit rund 8.000 Geretteten in die Kritik. Wegen ihnen würden die Fliehenden überhaupt die Überfahrt über das Mittelmeer wagen da sie mit ihrer Rettung rechnen könnten. Zwei Wissenschaftler haben nun herausgefunden, dass nach dem Ende der umfassenden italienischen Rettungsmission Mare Nostrum im Jahr 2014 die Zahl der Fliehenden nicht sank sondern stieg. Die These kann somit als widerlegt gelten. Die Studie, so die Wissenschaftler, zeige dass Menschen mit Fluchtgründen, Menschen die um ihr Leben fliehen, sich nicht abschrecken lassen. Die Zahl der Rettungsorganisationen auf dem Mittelmeer habe keinen Einfluss auf die Zahl der Fliehenden. Georg Restle von *Monitor*, dem Politikmagazin des *WDR*, kommentiert den Gedankengang als zynisch, der davon ausgeht, dass mehr Menschen sterben müssten damit andere vom Fliehen abgeschreckt werden.
<http://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/mittelmeer-102.html> (27.04.17)
- Tatsächlich plant die EU, „Legalitätsinseln“ in Libyen zu schaffen. In Lagern solle die Polizei „gut ausgestattet“ sein, Menschen sollen dorthin zurückgeschoben werden. Bereits in diesem Monat sollen 90 Millionen Euro für ein „verbessertes Migrationsmanagement“ nach Libyen fließen. Die Linke sieht darin die Aufkündigung des internationalen Flüchtlingsrechts gekommen.
<http://www.taz.de/!5401663/> (27.04.17)
- Da die Bundesrepublik Deutschland das Weltrechtsprinzip anerkennt, können Menschen syrischer Staatsbürgerschaft Täter*innen des Assad-Regimes für in Syrien begangene Verbrechen an deutschen Gerichten anklagen. 15 von ihnen sind diesen Schritt in Deutschland gegangen. Vor Gericht können sie überzeugend als Zeug*innen und Opfer der Gewalt in syrischen Geheimdienstzentralen aussagen. Grundlage dafür, dass die Verfahren stattfinden können ist die umfassende Dokumentation, die NGOs, Medien und die UN unternommen haben. James Rodehaver, Koordinator der UN-Untersuchungskommission, die seit 2011 Beweise für Menschenrechtsverletzungen in Syrien sammelt, spricht davon,

dass inzwischen der Tatbestand der Massenvernichtung erfüllt sei. Der ehemalige Chefankläger beim Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda, Stephen Rapp, sieht eine dringende Notwendigkeit darin, das juristische Nachspiel des Syrien-Krieges mittels Dokumentation vorzubereiten. Ohne juristische Aufarbeitung der Verbrechen seien alle Abmachungen zum Schutz der Menschheit Makulatur. Angriffe auf Krankenhäuser und Krankenwagen, der Einsatz von Chemiewaffen, die Folter in den Gefängnissen – all das sei schlicht verboten. Es gelte nun zu zeigen, dass die Regeln, auf die sich geeinigt wurde, auch angewendet werden können. Ziel müsse es sein zu zeigen, dass sich in Syrien ein Staat zum Terroristen entwickelt und systematisch Menschenrechte verletzt habe. Klagen zu erheben sei dabei ein schwierigeres Unterfangen als gegen Mitglieder des sogenannten „Islamischen Staats“ oder der al-Nursa-Front zu klagen da bereits die Mitgliedschaft in diesen Gruppen strafbar sei. Deswegen die Dokumentationsarbeit über die hinaus nun auch institutionelle Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Die UN-Vollversammlung beschloss im Dezember letzten Jahres einen Mechanismus, mittels dessen eine zentrale Stelle Beweise für Kriegsverbrechen sammeln und Bemühungen, diese vor Gericht zu bringen, unterstützen könne. Der Anwalt syrischer Staatsbürgerschaft, Anwar al-Bunni, der Verfahren gegen das syrische Regime in Europa begleitet und die Prozesse in Deutschland organisierte, spricht davon, dass die Verbrechen zwangsläufig von der syrischen Gesellschaft aufgearbeitet werden müssten. Institutionen seien dafür wichtig, aber auch die Ausbildung von Jurist*innen um in der entscheidenden Phase eine Übergangsjustiz etablieren zu können. Institutionen und Wissen seien aber in Syrien vernichtet worden. Es gehe bei der Übergangsjustiz auch nicht um Rache sondern um die Wiederherstellung gesellschaftlichen Friedens - dass den Opfern Recht widerfahre.

http://www.deutschlandfunk.de/assads-regime-syrische-folteropfer-hoffen-auf-europaeische.724.de.html?dram:article_id=384657 (26.04.17)

- Die ungarische Regierung konnte verkünden, einen zweiten Grenzzaun an der Grenze zu Serbien fertiggestellt zu haben.
<https://www.welt.de/newsticker/news1/article164116526/Ungarn-stellt-zweiten-Grenzzaun-zur-Abwehr-von-Fluechtlingen-fertig.html> (28.04.17)

Bund, Land, Kommune

- 14 Menschen wurden am vergangenen Montag nach Afghanistan abgeschoben. Entgegen dem Bild, das politisch Verantwortliche von straffällig gewordenen, jungen Männern zeichnen, konnte der Bayerische Flüchtlingsrat zu den zwei ihm bekannten Abgeschobenen belegen, dass der eine in Arbeit war und eine Freundin hatte, der andere kurz vor der Heirat mit seiner Freundin stand. Beide waren nicht straffällig.
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-04/afghanistan-asylbewerber-abschiebung-kabul> (25.04.17)
- Wirklich nur weil es irgendwie genannt werden muss: Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat einen 10-Punkte-Plan für die „deutsche Leitkultur“ in der Bild am Sonntag vorgestellt, es finden sich komische bis überflüssige Punkte darin und irgendwie ist wohl Wahlkampf und irgendjemand in der CDU muss solche Sachen sagen.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/leitkultur-de-maizire-legt-punkte-katalog-fuer-deutsche-leitkultur-vor-1.3484779> (30.04.17)
- *MDR exakt* fand heraus, dass der Staatsanwalt, der für das Gerichtsverfahren gegen die vier Männer zuständig war, die einen psychisch erkrankten Geflüchteten an einen Baum fesselten, vor Prozessbeginn bedroht wurde. Auf der Straße wurde er verfolgt und beleidigt, zudem erhielt er schriftliche Morddrohungen. Der sächsische Justizminister Sebastian Gemkow weist Nachfragen zurück, die Zweifel am ordentlichen Verlauf des Verfahrens aufwerfen. Im Januar bereits war der psychisch erkrankte Geflüchtete in einem Waldstück erfroren, kurz bevor der Prozess beginnen sollte, wurde seine Leiche gefunden.

<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/staatsanwalt-im-prozess-um-gefesselten-asylbewerber-bedroht-100.html> (26.04.17)

- Ein Bundeswehrsoldat hat sich als Asylsuchender registrieren lassen, wurde als Flüchtling anerkannt und plante einen mutmaßlich rechtsradikalen Anschlag. Allgemein wird geurteilt, die Sicherheitsmechanismen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hätten versagt. Das Bundesinnenministerium räumte ein, dass bestehende Sicherheitsvorkehrungen nicht ergriffen worden seien was den Innenminister Bayerns, Joachim Hermann, nicht davon abhält, eine anlasslose Überprüfung aller Asyl-Bescheide zu fordern.
http://www.deutschlandfunk.de/soldat-unter-terrorverdacht-die-mechanismen-haben-versagt.2852.de.html?dram:article_id=384918 (28.04.17)
<http://www.dw.com/de/soldat-als-fluechtling-innenministerium-raeumt-fehler-ein/a-38629335> (28.04.17)
- In der Gesellschaft formiert sich zunehmend sichtbarer Widerstand gegen die Abschiebung Schutzsuchender. In einer bayerischen Schule in Fürstfeldbruck mobilisieren Schüler*innen gegen die geplante Abschiebung zweier Mitschüler, die nun volljährig geworden sind. Der eine hat Afghanistan, dessen Staatsbürgerschaft er hat, nie betreten, dem anderen droht die Hinrichtung in Pakistan. Die Schüler*innen der Klasse setzten eine Petition auf und begannen zu agieren. Sie informieren sich über das deutsche Asylrecht und die Situation in Afghanistan und Pakistan, sammeln Unterschriften und gehen auf Demos. Sie bauen Druck auf die Behörden auf, die über das Schicksal ihrer Mitschüler entscheiden.
<http://www.sueddeutsche.de/muenchen/asylpolitik-beide-muessen-bei-uns-in-sicherheit-bleiben-1.3477706> (26.04.17)
- Im Hinblick auf die neulich veröffentlichte Polizeiliche Kriminalstatistik betont der Kriminologe Christian Pfeiffer, dass rassistischerweise als „fremd“ markierte Menschen doppelt so häufig angezeigt werden als Menschen, die als „zugehörig“ wahrgenommen werden. Die Anzeigequote im ersten Fall liege bei 27%, im zweiten bei 13%.
<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/fluechtlinge-werden-haeufiger-angezeigt-als-deutsche-14986846.html> (25.04.17)
- Petra Köpping, sächsische Ministerin für Gleichstellung und Integration, forderte die Ausweitung der Schulpflicht für erwachsene Geflüchtete. Der Sächsische Flüchtlingsrat hatte gemeinsam mit 16 weiteren Verbänden und Organisationen im März diesen Jahres gefordert, dass die bis zu 5.000 Geflüchteten in Sachsen die Gelegenheit erhalten sollten, einen Schulabschluss zu erlangen um Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten. Das Kultusministerium lehnte den Vorschlag ab. Es bleibt offen, ob eine andere Option als die Ausweitung der Schulpflicht von der Landesregierung gefunden wird.
<http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Kontroverse-um-Schulpflicht-fuer-erwachsene-Fluechtlinge-in-Sachsen> (26.04.17)

Hintergrund und Meinung

- Kai Biermann hat eine lesenswerte Replik auf des Bundesinnenministers Leitkulturphantasien in der *Zeit* verfasst. Der Begriff der „Leitkultur“ habe in den vergangenen 20 Jahren niemanden integriert, er habe keine Gräben zugeschüttet sondern nur neue geschaufelt, er diene allein dazu, auszuschließen. Dass de Maizière den Begriff nun für den Wahlkampf verwende sei „zum Heulen“. Zudem stelle der Innenminister keinen der aufgeführten Gedanken infrage, am Leistungsgedanken oder am „aufgeklärten Patriotismus“ (den Biermann so zusammenfasst und kommentiert: „Ja, wir hatten Probleme, mal waren wir Massenmörder, mal war uns das dann peinlich. Eine ziemlich verharmlosende Sicht auf die deutsche Geschichte.“) gäbe es durchaus Kritikpunkte, sie seien nicht Konsens der

Gesellschaft.

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-04/leitkultur-debatte-innenminister-demaiziere-muslime/komplettansicht> (30.04.17)

- Als „weltfremde Parteifolklore“ kommentiert Christian Rath in der *taz* die Fantasien von Thomas de Maizière. Die zehn Punkte spiegelten den bürgerlich-biedereren Wertekanon der CDU wider. Viel mehr noch, im Prinzip brauche de Maizière einen Integrationskurs. Wenn er sich schon auf „den Westen“ berufe, sollte die individuelle Freiheit und der Pluralismus der Lebensstile genannt werden, die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensformen, sexueller Identitäten und ethnischer Hintergründe. Dass Demokratie, Rechtsstaat und Menschenwürde nicht auftauchen würden, sei ebenso fraglich, schließlich würden fast alle Menschen – egal wie lang sie in Deutschland leben würden – diese Standards begrüßen.
<http://www.taz.de/Kommentar-De-Maizieres-Leitkultur!/5402235/> (01.05.17)
- Die enge Zusammenarbeit der nationalistischen Internationalen analysiert Jonas Schaible, ebenso in der *Zeit*. Nationalistische Parteien und Politiker*innen in Regierungsämtern unterstützten sich in Europa und Nordamerika gegenseitig. Dies sei möglich, weil sie zunächst zwei wichtige Voraussetzungen erfüllten: zunächst ist das die Ausbreitung von Ideen. Ein gemeinsames Weltbild etablierte sich, gemeinsame Feinde würden ausgemacht, die Sprache näherte sich an. Im zweiten Schritt würden Aktionen und Strategien kopiert und verbessert. Auf dieser Grundlage könne dann im dritten Schritt eine enge Kooperation bis hin zur finanziellen Unterstützung folgen. Das Gründungsdatum der nationalistischen Internationalen könne im Prinzip mit dem 21. Januar 2017 bestimmt werden. Damals standen Marine le Pen, Geert Wilders und Frauke Petry das erste Mal gemeinsam auf einer Bühne in Koblenz, um die Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ im Europäischen Parlament zu gründen. Weiterhin bestünden enge Kontakte zum russischen Präsidenten Wladimir Putin, der das Konzept des autoritären Staatsmannes wieder real vorführe. So ziemlich alle nationalistischen Parteien Europas schickten Vertreter*innen zu ihm und machten ihm so ihre Aufwartung. Schaible wirft im Weiteren die Frage auf, ob eine solche Allianz halten könne. So widersprüchlich der Ausdruck „nationalistische Internationale“ klinge, sie sei wohl nicht zwingend zum Scheitern verdammt. Bereits in den 20ern und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts habe sich eine faschistische Internationale geformt in der sich die Nationalismen nicht gegenseitig ausgeschlossen hätten. Der Austausch von Ideen, das Adaptieren von Strategien und das Maß der Kooperation seien weit gediehen in dieser Zeit. Die Gemeinsamkeiten überdeckten die Unterschiede. Das Ziel einer faschistischen Welt wurde geteilt, der Hass auf gemeinsame Feinde einte. Zudem sollte ein neuer Mensch geschaffen werden. Völkische Konkurrenz konnte so ideologisch aufgelöst werden. Finanziell lohnte es sich weiterhin schlicht schon damals, zu kooperieren. Heute eine der Hass auf Liberalismus und den Islam beziehungsweise Einwanderung. Das neue ideologische Konzept heiße „Ethnopluralismus“. Das Ziel heute sei nicht mehr Territorium sondern der Staat und seine Ressourcen. Am Ende hegt Schaible die Hoffnung, dass wenn sich die nationalistische Internationale so eng aneinanderkette, sie sich auch gegenseitig wieder herunterreißen könne.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-04/populismus-nationalismus-europa-internationale-allianz> (24.04.17)
- Allison Janney brillierte in der Serie „The West Wing“ als Pressesprecherin des fiktiven US-Präsidenten Josiah Bartlet. Für die Sonderausgabe der Show *Full Frontal* von Samantha Bee anlässlich des diesjährigen White House Correspondents' Dinner lässt sie ihre Rolle noch einmal aufleben und verteidigt als Pressesprecherin von *Full Frontal* den Beruf des Journalismus gegen diejenigen, die „alternative Fakten“ veröffentlichen.
<https://www.youtube.com/watch?v=OBl3NQdBcD8> (29.04.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 **UNO-Flüchtlingshilfe**